

Europa lässt in Moria seine Werte in Flammen aufgehen

Martin Link

**Aufnahme von Geflüchteten jetzt! -
Auch in Schleswig-Holstein!**

In der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020 ist das Camp Moria auf Lesbos, in dem 13.000 Menschen interniert waren, völlig niedergebrannt. Der Flüchtlingsrat fordert die Landesregierung auf, nennenswert Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen.

Die Camps müssen vollständig evakuiert und die Menschen in Deutschland aufgenommen werden! Auch die mit griechischem Schutzstatus Anerkannten, aber dort im Übrigen der Obdachlosigkeit und sozialen Verelendung anheimgestellten Familien, müssen hierzulande und oder anderen europäischen Staaten aufgenommen werden. Bisher waren die europäische und die bundesdeutsche Politik von Abwarten, Zurückhaltung und gegenseitiger Verantwortungszuweisung geprägt: Seit April hat Deutschland lediglich 465 Menschen aus den griechischen Elendscamps aufgenommen.

Abwarten, Zurückhaltung und gegenseitige Verantwortungszuweisung

Am 6. Mai hatte der Landtag bekräftigt, dass Schleswig-Holstein willens und in der Lage sei, geflüchtete Menschen aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Noch am 25. Juli hatte Innenstaatssekretär Torsten Geerds gegenüber dem Flüchtlingsrat erklärt, 25 bis 30, aber nicht mehr, Geflüchtete aus griechischen Lagern aufnehmen zu wollen. Schleswig-Holstein würde mit dieser Aufnahmezusage den Königsteiner Schlüssel ohnehin übererfüllen und der Staatssekretär habe sich im Übrigen gegenüber dem BMI „dafür eingesetzt, dass den Menschen vor Ort geholfen wird und rechtsstaatliche Standards eingehalten werden“.

Am 11. September fordert die SPD-Fraktion im Kieler Landtag die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund „mit Nachdruck die Möglichkeit einzufordern, Menschen in Not aus Moria unverzüglich aufzunehmen“. Deutschland solle einen „maßgeblichen Anteil der Menschen aus dem Flüchtlingslager aufnehmen“. Unklar

bleibt, was denn „maßgeblich“ wäre (<https://bit.ly/3hz2yAQ>). Die Regierungsfractionen ziehen selbigen Tages gleich: „Der Landtag bittet die Landesregierung, sich mit Nachdruck beim Bundesinnenministerium dafür einzusetzen, den Weg dafür freizumachen, dass das Land Schleswig-Holstein unverschuldet in Not geratenen Flüchtlingen, insbesondere Familien mit Kindern, aus dem Lager Moria aus humanitären Gründen einen sicheren Aufenthalt zur Durchführung eines Asylverfahrens gewähren kann“ (<https://bit.ly/33we9Mg>). Weder die Regierungsfractionen noch die Opposition haben offenbar vor, von der Landesregierung ein eigenständig umgesetztes Aufnahmeprogramm einzufordern.

Innenministerium lehnt eigenständige Aufnahme ab

Das Kieler Innenministerium bleibt ohnehin bei seiner Überzeugung, weder Kommunen noch Bundesländer könnten ohne Zustimmung des Bundesinnenministers eigenständige Aufnahmeprogramme für Geflüchtete aus Griechenland oder anderswo auflegen – und steht damit im deutlichen Widerspruch zu relevanten Rechtsgutachten, u.a. von Prof. Helene Heuser, Uni Hamburg (bit.ly/33b8BGN). Zur Begründung wird Andersmeinenden seitens des Innenministeriums gern TOP 38 der Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 10.12.2019 vorgehalten (<https://bit.ly/2E2EkBv>). In dem wimmelt es zwar von allerlei Konjunktiven zugunsten einer vermeintlichen Richtlinienkonferenz des BMI, allerdings ist auch hier kein rechtlich verbindlicher Vorbehalt bei Landesaufnahmeprogrammen an das bindende Einvernehmen mit dem Bund festgeschrieben.



Spendenaufruf

Die lokale griechische Organisation „Stand by me Lesbos“ sowie die Selbstorganisationen von Geflüchteten „Moria Corona Awareness Team“ (MCAT), „Moria White Helmets (MWH)“ und „Moria Academia“ – sind weiter aktiv, informieren und helfen, wo sie können. Damit diese Teams von Geflüchteten aus dem Lager Moria, die bei den Bränden alles verloren haben, ihre Arbeit fortsetzen können, versorgt „Stand by me Lesbos“ sie derzeit mit Nahrungsmitteln, Decken und Zelten.

Spendenkonto:

medico international, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00, BIC: HELADEF1822, Frankfurter Sparkasse, Stichwort: Flucht & Migration/Moria

Der in dieser Weise - nicht nur von der schleswig-holsteinischen Landesregierung - zum flüchtlingsaufnahmepolitisch Alleinverantwortlichen erkorene Horst Seehofer war sich am 11. September dann auch nicht zu schade, sein Amt und die Bundesregierung mit der Bereitschaft der Aufnahme von allenfalls bis zu 150 Geflüchteten aus Moria zu blamieren. Tags zuvor hatte selbst Entwicklungsminister Müller (CSU) 2.000 ins Spiel gebracht und 16 Unionsabgeordnete des Bundestages hatten die Aufnahme von 5.000 Geflüchteten eingefordert. Selbst Bayern und NRW erklärten sich aufnahmebereit. Die SPD war immerhin mit der Forderung von unkonkreten einigen Tausend in den Koalitionsausschuss am 15. September gegangen.

Deutsch-griechischer Deal

Doch da hatten Kanzlerin und Bundesinnenminister ihren Deal mit der griechischen Regierung längst gemacht: Demnach sollen 1.553 in Griechenland schon als schutzbedürftig anerkannte Menschen in Deutschland aufgenommen werden. Davon kommen laut Innenministerin Sütterlin-Waack 50 nach Schleswig-Holstein. Der Bund verlautet, nach einer wann auch immer erfolgten europäischen Einigung, könnten vielleicht noch 1.500 mehr in Deutschland aufgenommen werden.

Die Brandopfer von Moria sind allerdings vor allem solche Geflüchtete, denen der Zugang zu einem Asylverfahren bis dato verwehrt war. Für die meisten Brandopfer ergibt sich also auch weiterhin kein

Entkommen nach Deutschland oder in ein europäisches Anderswo. Kein anderes EU-Land äußerte [bis Redaktionsschluss] Aufnahmebereitschaft. Und so werden die von der EU so gern beschworenen, wahlweise christlich-abendländischen oder europäischen Werte im Restglimmen der Ruinen von Moria gleich noch mit verfeuert.

Ist Politik also nur noch im Interesse des flüchtlingsfeindlichen und rassistischen gesellschaftlichen Bodensatzes und seiner parlamentarischen Arme möglich? Nein! Allein in Schleswig-Holstein gibt es 15 Sichere Häfen (<https://bit.ly/3ifjvSc>) von Kommunen und Gemeinden, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklärt haben. Wenn allein diese Kommunen im Schnitt je nur für 30 Menschen Plätze

bereitstellen, kann Schleswig-Holstein sofort 450 Menschen aufnehmen. Aber auch darüber hinaus: Die Kapazitäten sind vorhanden und die Logistik ist erprobt.

Der Flüchtlingsrat fordert:

Spätestens angesichts der aktuellen Brandkatastrophe von Moria und der robusten Verweigerungshaltung Europas sind Bund und Länder in der Pflicht, mehr Aufnahmebereitschaft zu zeigen, als im [bis Redaktionsschluss] bekannt gewordenen Umfang. Schleswig-Holstein muss über seinen Schatten springen, zahlenmäßig nennenswerte Aufnahmeangebote machen und - falls notwendig - auch gegen den Widerstand des Bundesinnenministeriums durchsetzen.

Dass die Lage in Moria völlig eskalieren würde, war absehbar. Interstaatliche und zivilgesellschaftliche Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen haben vor der jetzt eingetretenen Entwicklung seit langem gewarnt. Die vollkommene Abwesenheit rechtsstaatlicher Standards, die höchst defizitäre sanitäre, medizinische und Lebensmittel-Versorgung für dreizehntausend Menschen auf engstem Raum, kein Zugang zum Asylsystem, fehlender Gewaltschutz für Frauen und Kinder, der Ausbruch der Corona-Pandemie, gegen Geflüchtete wie Unterstützende gleichermaßen übergreifende Faschisten, flüchtlingsfeindliche griechische Ordnungsbehörden und die vollständige Abriegelung des Lagers haben zu dieser Katastrophe beigetragen.

Historische Verantwortung

Aber es ist die – auch von der deutschen Politik maßgeblich betriebene – europäische Abschottungspolitik und der insbesondere in Deutschland ersonnene und dieser Tage im Rückblick auf den Sommer der Flucht von der etablierten Politik gern gefeierte sogenannte Türkei-Deal, die diese Lager an den europäischen Außengrenzen überhaupt erst geschaffen haben.

Vor dem Hintergrund dieser historischen Verantwortung auch Deutschlands für die griechische Misere, Aufnahmeentscheidungen weiterhin in bester St.-Florians-Manier unter den Vorbehalt einer Einigung auf ein europäisches Verteilungssystem zu stellen, ist angesichts der Lage vor Ort einmal mehr menschenverachtend.



Martin Link ist Mitarbeiter beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Landesflüchtlingsbeauftragter zum Großbrand im Camp Moria

Stefan Schmidt drängt auf Aufnahme obdachlos gewordener Geflüchteter und landespolitisches Engagement gegen das Scheitern des Flüchtlingsschutzes in Europa.

10. September 2020 • ... Menschen in Zivilgesellschaft, (Kommunal-)Politik und Verwaltung sind nicht bereit, mit der Flüchtlingspolitik mitzugehen, aus der sinkende Schutzstandards und der dauerhafte Betrieb von Elendslagern an den europäischen Außengrenzen hervorgegangen sind. Das wird auch im Engagement vieler schleswig-holsteinischer Gemeinden deutlich, die sich dem Bündnis Sichere Häfen angeschlossen haben.

Auch sie haben frühzeitig und aktuell erneut ihren Willen zur Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern auf den griechischen Inseln bekundet. „Dafür, dass der Bund dieses Bestreben bisher behindert, fehlt mir jedes Verständnis“, so Schmidt.

... Das Land muss sich nun um die Aufnahme von Evakuierten in einer substanziellen Größenordnung bemühen, um die größte Not der Menschen zu lindern, denen der geringe verbleibende Schutz genommen wurde. Schmidt hofft, dass das Land darüber hinaus langfristig am Ball bleibt, um im Umfeld einer scheiternden europäischen Asylpolitik Wege zu finden, der humanitären Verantwortung gegenüber Notleidenden gerecht zu werden.

Kontakt: fb@landtag.ltsh.de , T. 0431-988 1291, www.sh-landtag.de/beauftragte/fb/

„Wir haben Platz in Schleswig-Holstein!“

Auszug aus dem Statement der Seebrücken Schleswig-Holstein zur Situation an den europäischen Außengrenzen und in Moria.

Kiel, 14.9.2020 • Wir fordern die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, mehr als 25-30 Menschen aus den griechischen Lagern aufzunehmen und sich bundesweit mit anderen aufnahmebereiten Bundesländern dafür einzusetzen, die Camps vollständig zu evakuieren.

Seit Monaten bekommen [wir] von Seiten der Bundes- und auch Landesregierung nur den Verweis auf die sogenannte „europäische Lösung“ zu hören. Ob die „europäische Lösung“ auch menschenrechtskonformen Vorstellungen entspricht, wagen wir zu bezweifeln. Nicht zuletzt wegen aufnahmeunwilliger Staaten wie zum Beispiel Ungarn, Tschechien und Polen, wird es diese gemeinsame Lösung so bald nicht geben. Den seit Jahren fortwährenden Verweis auf diese europäische Lösung verurteilen wir, denn er ist nicht erst seit dem Brand in Moria menschenverachtend.

Deshalb fordern wir die Landesregierung in Schleswig-Holstein auf, wiederholt über den Verteilungsschlüssel hinaus Aufnahmeangebote an das Bundesinnenministerium zu stellen und diese, sofern notwendig, auch gegen den Widerstand des BMI durchzusetzen.

Wir möchten kein Europa der Abschottung, wir möchten ein Europa der gelebten Solidarität! Wir sagen laut und deutlich: Wir haben Platz in Schleswig-Holstein! Leave no one behind!

Kontakt: schleswig-holstein@seebruecke.org, <https://www.facebook.com/SeebrueckeKiel/>